

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kerschke & Welsch, Dresden, Postfach 10011

Verlag: Kerschke & Welsch, Dresden, Postfach 10011

Verlag: Kerschke & Welsch, Dresden, Postfach 10011

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Die politischen Fronten bleiben starr Anverminderter Gegensatz Hitler-Papen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Sept. Die politische Hochspannung, unter der das deutsche Volk nun schon seit Monaten steht, wird auch das Kennzeichen der nächsten Woche sein. Die Mitte und Ende nächster Woche dürfte es sich klären, welche Taktik Parteien und Reichstag gegenüber der Reichsregierung zur Anwendung bringen. Der geistige Reiz des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten und die Form, wie der Reichspräsident die Erklärungen der im Werden begriffenen braun-schwarzen Koalition entgegenzunehmen gedenkt, läßt keinen Zweifel darüber, daß der Reichspräsident es ablehnt, die von den Nationalsozialisten und der Zentrumspartei geforderten personellen Umgruppierungen des Reichskabinetts vorzunehmen.

Reichspräsident v. Hindenburg ist in steigendem Maße davon überzeugt, wie man in den ihm nahestehenden Kreisen fast täglich hören kann, daß mit den Parteien einfach nicht mehr zu arbeiten sei. Ein neuerlicher Versuch, den Reichskanzler und Reichswehrminister in der vergangenen Woche machten, wenigstens eine gewisse Vereinigung der überhöhten Spannungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung herbeizuführen, scheiterte abermals. Inzwischen haben sich die Nationalsozialisten in ihrer scharfen Frontstellung gegen die Reichsregierung, die, unerschrocken schon aus wahltaktischen Gründen, besonders drähtisch formuliert wird, noch weiter vom Reichspräsidenten entfernt.

Es wird berichtet, daß Reichspräsident v. Hindenburg sich die auf seinen Wunsch angefertigten Szenogramme der letzten Reden des Führers der NSDAP habe vorlegen lassen,

und daß die Bestimmung gerade auf Grund dieses Materials nur noch größer, offensichtlich nicht sogar unabänderbar, geworden sei. Aus diesem Grunde hat der Reichspräsident sich wohl auch dahin entschieden, am kommenden Dienstag nur die Fraktionsführer der Nationalsozialisten, der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei zu empfangen, da die Zuspitzung der persönlichen Auseinandersetzungen ihm eine neuerliche Aussprache mit Adolf Hitler persönlich unmöglich mache. Auf der anderen Seite ist man sich allerdings sowohl im Reichspräsidentenpalais wie

auch in der Reichskanzlei darüber im Klaren, daß die Durchführung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung ein gewisses Maß von politischer Stabilität voraussetzt,

wenn anders der gewaltige Verbruch der Wirtschaftsanforderung nicht scheitern soll. In den Kontoren der deutschen Unternehmungen sind die Vorarbeiten bereits aufgenommen, die der Durchführung des Wirtschaftsprogramms dienen. Viele Betriebe sind schon im Begriff, ihre Dispositionen für die große Wirtschaftskampagne zu treffen. Man kann sich unweigerlich denken, was es bedeutet, wenn jetzt plötzlich alle diese Vorarbeiten wieder über den Haufen geworfen werden sollten, welche Vertrauenskrise, ja, welche Auflösungsgefahr daraus resultieren müßte und wie die gesamten psychologischen Voraussetzungen für die Wiederanforderung in nicht geringerem Maße, wenn man draußen im Lande nicht mit Bewußtsein darauf rechnen könnte, daß dieses Programm, so, wie es in der Notverordnung festgelegt ist, zur Durchführung gelangt.

Das sind u. a. diejenigen wichtigsten Gesichtspunkte, von denen sich der Reichspräsident bei dem unbedingten Festhalten an der Regierung keines Vertrauens leiten läßt. Die Aussprache des nächsten Dienstags wird, darüber kann wohl kaum ein Zweifel mehr sein, vom Reichspräsidenten unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß sich die opponierenden Parteien dazu verstehen möchten, die Durchführung des Wirtschaftsprogramms erst einmal mit zu ermöglichen. Sollten sich die Parteien nicht dazu entschließen, so ist schwer abzusehen, wie der Konflikt, der von der einen Seite leidenschaftlich bekämpft, von der anderen Seite als Meinungsstrife empfunden wird, vermieden werden kann. Am kommenden Montag tritt nun der Reichstag zusammen.

Der Reichskanzler wird in umfangreicher Rede sein Wirtschaftsprogramm entwickeln und über den Inhalt der letzten Notverordnung hinaus auch handelspolitische Grundlinien, deren Fehlen von der deutschen Landwirtschaft lebhaft beklagt wurde, sowie Grundlinien für die Siedlungs- und Wohnungspolitik mitteilen.

Nach dieser Erklärung wird sich das Haus vertagen. Der Dienstag bleibt Sitzungsfrei. Um 12 Uhr findet der angekündigte Empfang beim Reichspräsidenten statt. Es bleiben also den Reichstagsparteien beinahe 48 Stunden, die für die gesamte innere Politik von schicksalhaftester Bedeutung sein werden. Gruppieren sich die Opposition so, daß mit einer parlamentarischen Niederlage der Reichsregierung, sei es durch Mißtrauensvotum, sei es durch Annahme von Aufhebungsanträgen gegenüber verschiedenen wichtigen Notverordnungen gerechnet werden muß, dann gilt auch heute noch die sofortige Auflösung als unvermeidbar. In den letzten Tagen der nächsten Woche wird die Klärung herbeigeführt sein, wenn es die Parteien — und das darf man erwarten — nicht vorziehen sollten, zunächst abzuwarten, die internen Verhandlungen weiterzuführen, den Reichstag zu vertagen und so, parlamentarisch gesehen, eine Fristverlängerung für die Reichsregierung und ihr Programm zu ermöglichen. Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in der Reichsregierung ist

Reichstagsauflösung und der damit entsefelte neue Wahlkampf unerwünscht.

Es ist aber zu dieser Lösung entschlossen, wenn es gar nicht anders geht. Deutschland wird dann einen neuen Wahlkampf erleben. Ob dieser freiwillig unter dem bisherigen Wahlrecht durchgeföhrt wird, scheint zweifelhaft, wie wohl feste Anhaltspunkte über eine beabsichtigte Wahlreform noch nicht vorhanden sind. Sollte der Wahlkampf in diesem Rahmen annehmen die innerpolitisch gefährlich zu werden drohen, dann dürfte die Reichsregierung sich höchstwahrscheinlich entschließen, die Neuwahl hinaus zu schieben und vielleicht sogar erst im Frühjahr vornehmen zu lassen.

Der Reichspräsident ist sich wohlbewußt, daß es ein hohes Spiel mit hohen Einsätzen ist, das jetzt beginnt. Er wird an Papen festhalten, und auch General v. Schleicher, der Kanzlerauswahl bestimmter Kreise der werdenden braunschwarzen Koalition, hat wohl nicht umsonst verbindlich erklärt, daß er nicht den Wunsch habe, an Papens Stelle zu treten.

## Der Entscheidung entgegen

Aus der Bereitschaft des Reichspräsidenten, die Führer der Mehrheitsparteien, Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei am Dienstag zu empfangen, ergeben sich die letzten Hoffnungen für eine Vermeidung der Reichstagsauflösung. Sie sind allerdings außerordentlich gering. Die Fronten haben sich zur Stunde noch genau so hart gegenüber, wie das seit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Hitler und Papen zu beobachten ist. Immerhin hat der Empfang des Reichstagspräsidenten und die Vorstellungen, die die Herren Göring und Esser erhoben haben, bewirkt, daß auch in der gegenwärtigen politischen Krise wieder auf die alten Grundzüge zurückgegriffen wurde, die die unmittelbare Unterordnung des Reichspräsidenten durch die Fraktionen vorsehen. Allerdings erlöst sich in der Form der Empfänge eine nicht unwesentliche Änderung. Während bei früheren Empfängen, solange das Parlament noch der entscheidende Faktor in der Frage der Regierungsbildung war, Fraktions- und Parteiführer einzeln und ohne Bezug vom Reichspräsidenten empfangen wurden, sollen diesmal die drei Fraktionsführer der Mehrheitsparteien zusammen, und zwar in Gegenwart des Reichskanzlers, ihre Vorschläge Hindenburg unterbreiten. Der Reichspräsident wird dann die Möglichkeit haben, zu beurteilen, ob die Vertreter der Parteien eine einheitliche Auffassung über ihre Ziele und über ihnen notwendig erscheinende Abänderungen des Regierungsprogramms haben, oder ob sie gar Gegenpläne aufzustellen vermögen. Man könnte sich freilich auch auf den Standpunkt stellen, der Besuch beim Reichspräsidenten sei nach der Regierungserklärung Papens am Montag ziemlich unnötig, weil die Parteien ja am Mittwoch im Parlament in aller Ausführlichkeit Gelegenheit haben werden, ihre Stellungnahme zu den Aufstellungen der Regierung zu äußern und sich dem Reichspräsidenten dann auch die Möglichkeit bietet, aus dem Wortlaut der Reden die Auffassungen der Parteien kennenzulernen. Trotzdem ist die Aussprache im engsten Kreise gerade wenn man eine Verständigung für wünschenswert hält, der öffentlichen Reichstagsdebatten voranzuziehen. Denn vor dem Reichspräsidenten können sich Reichskanzler Papen und die drei Fraktionsführer in leidenschaftlicher Nähe ansprechen und ihre gegenseitigen Ansichten und Forderungen gegeneinander abwägen. Jede Seite kann ohne Prestigeverlust auch nötigenfalls den eigenen Standpunkt der erforderlichen Korrektur unterbreiten. Wenn es überhaupt noch möglich ist, eine Verständigung zu finden, so kann das nur noch vor der ehrwürdigen Persönlichkeit Hindenburgs geschehen, nicht aber dort, wo die Parteien leicht der Versuchung unterliegen, unter dem Eindruck des drohenden Wahlkampfes nur noch an den Wählern zu sprechen. Freilich auf die Regierungserklärung wird in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten kein Einfluß mehr ausgeübt werden können, wie es vielleicht der Fall gewesen wäre, wenn die Fraktionsführer sich schon vor Papens Reichstagsrede beim Reichspräsidenten getroffen hätten. Die Ansicht der Reichsregierung wird bei der Unterredung am Dienstag bereits eine feststehende Tatsache sein, an der die Fraktionen Stellung nehmen müssen. Es hängt also für den Ausgang dieser Unterredung sehr viel davon ab, welche Haltung Papen am Montag im Reichstag einnehmen wird, und ob seine Ausführungen die Möglichkeit eröffnen, am Dienstag neue Brücken zwischen Parlament und Regierung zu schlagen.

Soweit allerdings aus den geringen Andeutungen im Regierungslager Schlüsse gezogen werden können, hält man dort die Reichstagsauflösung nach wie vor für unvermeidlich. Aber diese Ansicht kann auch dem tatsächlichen Gesichtspunkt entspringen, die Parteien unter Druck zu stehen in der Hoffnung, daß Neuwahlen angesichts der Leeren Kästen den Parteien selbst nicht erwünscht noch den breiten Massen unseres mit Wahlen überreich gesegneten Volkes verständlich sein werden. Man kann mit einem gewissen Recht in den Regierungskreisen sagen, daß ein Mißtrauensvotum weniger das Ansehen der Regierung schmälern werde, als vielmehr das Ansehen des Parlamentes selbst, das sich in der kurzen Dauer seines Lebens lediglich zu einer negativen Tat bereitgefunden habe, hinter der sich jedoch keine praktische Einigung der Mehrheitsparteien erkennen lasse, die es ermöglicht hätte, die Pläne der Regierung auf der Grundlage einer parlamentarischen Regierungsmehrheit zu ergehen. Hinzu kommt, daß der Reichstag in einem Augenblick aufgelöst werden müßte, in dem sich die gespannte Aufmerksamkeit des deutschen Volkes darauf richtet, ob es nicht endlich gelangt, die größte Wirtschaftskrise der Geschichte zu überwinden. In weiten Kreisen würde man in neuen, schweren, innerpolitischen Kämpfen eine große Gefahr für die Wiederherstellung unserer Wirtschaft sehen. Außerdem empfindet es der Steuerzahler sicher nicht angenehm, wenn abermals nicht unbeträchtliche Summen für Neuwahlen geopfert werden müssen, von denen man schon jetzt weiß, daß sie eine entscheidende Aenderung der gegen-

## Die Verhandlungen über den Zahlungsausschub

Vor der Einigung mit Amerika

Washington, 10. Sept. Die Besprechungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger Veitner und Finanzminister Mills über den Ausschub der am 30. September fälligen deutschen Zahlungen für Beschadigungen und Kriegsschäden amerikanischer Bürger haben, wie gemeldet, heute begonnen, aber noch nicht zu einer formellen Verkündung der deutschen Moratoriums geführt. Vorher sind mehrere Fragen zu erledigen, damit das Moratorium ein Spruch ist von der amerikanischen Regierung entgegengenommen werden kann. Hierzu gehört die im Schuldenabkommen vorgeschriebene Benachrichtigungstexte von drei Monaten, die auf deutscher Seite mit Rücksicht auf die damals schwebenden Pariser Verhandlungen nicht eingehalten worden ist, sowie die Frage der Zahlungen für private Kriegsschäden, auf die ganz zu verzichten, gewisse Schwierigkeiten bestehen, da die Ansprücheberechtigten auf Belohnungen dringen und da laut Freizuggesetz von 1928 auch die Auszahlung von amerikanischen Entschädigungen an Deutsche, deren Eigentum im Weltkrieg konfiszieren worden ist, durch die Nichtbefriedigung der amerikanischen Gläubiger verzögert wird.

Man nimmt an, daß sich angesichts des beiderseitigen Wunsches nach baldiger Vereinigung dieser privaten Ansprüche bald ein Uebereinkommen finden lassen wird, um so mehr, als es sich um verhältnismäßig geringfügige Summen handelt.

Von der amerikanischen Presse wird der Angelegenheit großes Interesse entgegengebracht, weil es sich um den ersten wichtigeren Fall seit dem Ende des Hoover-Moratoriums handelt, in dem eine fremde Regierung einen Zahlungsausschub erkräftigt, und weil man hierin einen Präzedenzfall für die Haltung der Alliierten sieht, die sich bis zum 15. September äußern müssen, falls sie am 15. Dezember ebenfalls ein Moratorium erklären wollen. Allerdings lassen die Meldungen aus Paris und London darauf schließen, daß England und Frankreich mit Rücksicht auf die bekannte Einstellung weiter bestehender Kongresskreise, auf die scharfe Propaganda der Bearstreife gegen jede Milde gegenüber den Alliierten und auf die kurz bevorstehende Wahlkampagne nicht beabsichtigen, von ihrem Vertragsrecht der Erklärung eines Moratoriums Gebrauch zu machen, um so weniger, als dies ihnen nur den Ausschub des Kapitals betraut, nicht aber der erheblich höheren Zinskaten ermöglchen würde.